

## Nachlese Katholikentag – Blickpunkt Bolivien

Erzbischof Abastador aus La Paz erklärte auf dem vorgestern in Ulm zu Ende gegangenen Katholikentag, dass das Millenniumsziel der Vereinten Nationen (UN), die Halbierung der Armut bis 2015 für Bolivien unmöglich zu erreichen ist.

In ähnlicher Weise äußerten sich die höchsten Repräsentanten der beiden großen deutschen Kirchen zur Entschuldungskampagne. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Mainzer Kardinal Karl Lehmann sowie der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Wolfgang Huber sprachen von einem „begrenzten Erfolg“ der Entschuldungskampagne.

Auf Bolivien wurde beim diesjährigen Katholikentag unter den Entwicklungsländern ein besonderes Augenmerk geworfen. Das liegt nicht zuletzt an den besonderen Beziehungen der katholischen Kirche in Deutschland zur Schwesterkirche in Bolivien, insbesondere der Bistümer Trier und Hildesheim, die eine intensive Partnerschaft pflegen.

Auf einer Podiumsdiskussion mit dem Titel: "Kommt der Schuldenerlass bei den Armen an? Schritte der Beteiligung und Kontrolle in Bolivien" zitiert Jürgen Kaiser von Erlangen, einen deutschen Regierungsvertreter, der die Situation Boliviens mit der Argentiniens vergleicht. Dies war aufgrund von Insolvenz nicht mehr in der Lage, die Verpflichtungen gegenüber allen Gläubigern zu begleichen. Für Bolivien, das auch weiterhin auf Kredite angewiesen ist, hätte dies natürlich unabsehbare Folgen. Ludwig Kuhn vom Bistum Trier forderte in derselben Veranstaltung, neben einem weiteren Schuldenerlass die stärkere Verankerung des Entschuldungsprozesses innerhalb der bolivianischen Zivilgesellschaft.

In einer Podiumsdiskussion mit dem Titel: „Halbierung der weltweiten Armut bis 2015? Der Countdown läuft!“ kritisiert der Peter Weiß, Bundestagsabgeordneter und Entwicklungsexperte der CDU, massiv die rot-grüne Regierung. So wirft er ihr vor, zu wenig Geld zur Armutsbekämpfung zur Verfügung zu stellen und gegen alle Ankündigungen den Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sehr stark gekürzt zu haben. So sinkt er im Jahr 2004 auf 1,42 % des Gesamtetats des Bundes und hat damit den geringsten Stand der Regierungszeit von Rot-Grün erreicht. Außerdem fordert er von der Bundesregierung ihre Ankündigung die Official-DevelopmentAid (ODA)-Quote bis zum Jahr 2006 auf 0,33 % des Bruttonationaleinkommens zu steigern einzuhalten. Bislang liegt sie bei 0,27 % und dies nur, weil die fehlende direkte Bereitstellung von Entwicklungsgeldern durch Entschuldungsmaßnahmen kompensiert wurde.

Auch die Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul (SPD) möchte mehr Geld für Entwicklungshilfe. Um das UN-Millenniumsziel zur Halbierung der Armut bis 2015 zu erreichen fordert sie von den Industrieländern, ihren Beitrag zur Entwicklungshilfe zu erhöhen.

Der Vorsitzende des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO), Reinhard Hermle, stellt folgenden Zahlen gegenüber, die für sich selbst sprechen: 68 Milliarden US-Dollar Entwicklungshilfe und über 800 Milliarden US-Dollar an jährlichen Ausgaben für Rüstung.

Jürgen Leonhard  
Acceso Público  
Programa Especial 2015 de Fundación Pueblo  
para Promover un Debate Informado sobre Políticas de Lucha contra la Pobreza

P.S.  
Diese und weitere Informationen auf: [www.katholikentag.de](http://www.katholikentag.de)